



GEMEINDERATS - FRAKTION
ROTTENBURG AM NECKAR

CDU-Fraktion – Rathaus – 72108 Rottenburg

Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2017

**THH 65 Hochbauamt
Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement**

Die CDU-Fraktion beantragt den Umbau (Innenausbau) der Verwaltungsstelle Ergenzingen im Finanzplan von der bisherigen Planung 2020 auf das Jahr 2018 vorzuziehen und die berechneten 720.000 € schon für 2018 bereit zu stellen. Der Ortschaftsrat Ergenzingen hat sich bereit erklärt, Straßenbauprojekte der Ortschaft aus dem Jahr 2018 in das Jahr 2020 zu verschieben.

Begründung: Der gesamte Umbau der Verwaltungsstelle Ergenzingen, mit barrierefreiem Zugang (Aufzug) und energetischer Sanierung, ist für 2020 im Finanzplan mit einem Betrag von 1.000.007 € eingestellt. Der Innenausbau ist mit 720.000 € berechnet.

Die Baumaßnahmen (Rohbauarbeiten, u.a. Aufzug) der Verwaltungsstelle sind im laufenden Betrieb nicht möglich, Räume für eine übergangsweise Nutzung der Ortsverwaltung sind für 2020 nicht vorhanden.

Zum 1.1.2018 werden die von der Stadt angemieteten Räume des Notariats (gegenüber Verwaltungsstelle) mit Auflösung des Notariats frei und könnten zur übergangsweisen Unterbringung der Verwaltungsstelle genutzt werden.

Die sich anbietende Möglichkeit zur Unterbringung der Ortsverwaltung über die Zeit des Innenausbaus, begründet die Verschiebungen im Finanzplan.

Horst Schuh
Fraktionsvorsitzender



GEMEINDERATS - FRAKTION
ROTTENBURG AM NECKAR

CDU-Fraktion – Rathaus – 72108 Rottenburg

Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2017

THH 20 Stadtkämmerei

Produktgruppe 5530 Friedhofs- und Bestattungswesen

Die CDU-Fraktion beantragt, für die Sanierung der Leichenhalle auf dem Friedhof Sülchen Mittel in Höhe von 100.000 Euro bereitzustellen.

Begründung: Die im Jahr 1956 errichtete erste Rottenburger Aussegnungshalle wurde wohl in den vergangenen 60 Jahren immer wieder teilsaniert. Doch weder die Außenansicht noch die sehr beengten Aufbewahrungszellen sowie die Toiletten entsprechen den heutigen Anforderungen.

Zudem werden die Sülchenkirche und die Bischofsgruft nach umfangreichen Grabungs- und Renovierungsarbeiten im Sommer 2017 fertiggestellt werden. Die in der Folge zu erwartenden vielen Besucher sollten einen ansprechenden Gesamteindruck von Sülchenkirche, Mesnerhaus und Leichenhalle aus Rottenburg am Neckar mitnehmen.

Horst Schuh

Fraktionsvorsitzender

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Freie Bürger und FDP
zum Ergebnishaushalt 2017**

THH Tiefbauamt

Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen

Die o.g. Fraktionen beantragen, die Mittel für die Sanierung von Gemeindestraßen für das Jahr 2017 und die folgenden Jahre der mittelfristigen Finanzplanung um jeweils 1,2Mio. Euro zu erhöhen. Mindestens 10 % dieser zusätzlichen Mittel sollen in die Sanierung von Feldwegen investiert werden.

Begründung: Die Aufstellung der sanierungsbedürftigen Gemeindestraßen (siehe Beantwortung der Anfrage der FB/FDP-Fraktion) sowie die Aufstellung der noch nicht ausgebauten erschließungsbeitragspflichtigen Straßen (Anfrage der CDU-Fraktion) zeigen, dass im Bereich des Straßenunterhalts ein großer Sanierungsstau existiert. Um unser Straßennetz nachhaltig zu unterhalten, müsste die Abschreibungsrate von ca. 2 – 2,5 % des Gesamtwertes des Straßennetzes in Unterhaltungsmaßnahmen fließen. Hiervon sind wir weit entfernt. Um den Sanierungsstau nicht noch größer werden zu lassen, beantragen wir die Aufnahme der o.g. weiteren Mittel in den Haushalt. Insbesondere ist es den Antragstellern wichtig, auch eine Zweckbindung für die Sanierung von Feldwegen festzulegen.

v.i.S.d.A.

Horst Schuh

CDU-Fraktionsvorsitzender



Fraktion

Hermann Josef Steur
Pestalozziweg 5
72108 Rottenburg
07472 7 25274
hjsteur@t-online.de

Antrag zum Haushaltsplan 2017

29.11.2016

Gebäude Morizplatz 7

Die SPD-Fraktion beantragt für das Jahr 2017 eine Planungsrate in Höhe von 50.000 € einzusetzen.

Des Weiteren wird beantragt, die nötigen Instandsetzungsmaßnahmen im Finanzplan für das Jahr 2018 vorzusehen.

Begründung:

Für das HH-Jahr 2016 war bereits eine Planungsrate eingesetzt, wurde aber nicht umgesetzt.

Das Gebäude wird von 13 Vereinen und Gruppierungen zum Teil sehr intensiv genutzt. Es gibt laufend Anmietungen durch Dritte.

Das Gebäude befindet sich in einem insgesamt sehr schlechten Zustand. Eilbedürftigkeit liegt insbesondere dadurch vor, dass die Wände im EG Schimmelbefall aufweisen, der zu nicht unerheblichen gesundheitlichen Belastungen führen kann.

Eine weitere Verzögerung sehen wir als unzumutbar an.

Mit freundlichen Grüßen
Für die SPD-Fraktion:

Hermann Josef Steur



Fraktion

Hermann Josef Steur
Pestalozziweg 5
72108 Rottenburg
07472 7 25274
hjsteur@t-online.de

Antrag zum Haushaltsplan 2017

30.11.2016

**Ausbau der Mechthildstraße schon in 2017
7.105410.010**

**Die SPD-Fraktion beantragt den Ausbau der Mechthildstraße auf
2017 vorzuziehen.**

Begründung:

Die Mechthildstraße befindet sich in einem sehr schlechten Zustand.
Der notwendige Ausbau wurde immer wieder geschoben.
Eine weitere Verzögerung ist nicht sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen
Für die SPD-Fraktion:

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Hermann Josef Steur".

Hermann Josef Steur

Haushaltsantrag

THH 61 Stadtplanungsamt

Produktgruppe 5110-61

Verkehrsplanung



**Gemeinderatsfraktion
Rottenburg**

Rottenburg, den 28.11.2016

Im Haushaltsplan wird eine Planungsrate von 15.000 Euro eingestellt, um das Bahnhofsareal für die intelligente und modulare Nutzung von verschiedenen Verkehrsmitteln zu optimieren, damit beispielsweise der Umstieg vom E-Bike oder Elektroauto auf die Bahn besser möglich wird.

Geplant werden sollen damit u.a. eine Fahrradparkstation für E-Bikes, Ladesäulen für Elektroautos und der Ausbau von P&R Parkplätzen.

Begründung:

Die Art und Weise, wie wir mobil sind, wird sich in Zukunft stark verändern. Neben der Herausforderung, in Zukunft saubere Antriebstechniken zum Erreichen der Klimaziele verwenden zu müssen, wird die Vernetzung von Verkehrsmitteln durch die Digitalisierung voranschreiten. Wir in Rottenburg wollen mit diesen Veränderungen Schritt halten und den Rottenburger Bahnhof zu einem Leuchtturm für nachhaltige Mobilität ausbauen.

Im Gemeinderat wurde am 20.10.2015 die Konzeption für das Bahnhofsgebäude vorgestellt. Für die umliegenden Außenanlagen ist uns noch keine detaillierte Planung bekannt. Diese soll mit den von uns benannten Rahmenbedingungen erarbeitet bzw. überarbeitet werden.

Haushaltsantrag

THH 12 Stabstelle Umwelt

Die Große Kreisstadt Rottenburg am Neckar tritt dem European Energy Award bei.

Dazu werden 15.000 Euro im Haushalt für den Programmbeitrag, Moderations- und Beratungsleistungen sowie die Zertifizierung bereitgestellt.

Diesen Ausgaben stehen 10 000 Euro Fördergelder des Umweltministeriums Baden-Württemberg als Einnahmen gegenüber (für 2017).

Begründung:

Rottenburg besitzt ein integriertes Klimaschutz- und Energiekonzept und hat daraus schon einige Maßnahmen umgesetzt. In letzter Zeit ist es um die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Konzept stiller geworden. Wo stehen wir aktuell?

Wir denken, es ist Zeit für eine Analyse. Der European Energy Award (eea) bietet diese Möglichkeit. Er macht die Erfolge einer Kommune bei Energieeffizienz und Klimaschutz mess- und sichtbar.

Mittels einer systematischen Ist-Analyse bewertet die Kommune den Stand ihrer energie- und klimapolitischen Arbeiten und ermittelt eigene Stärken und Schwächen. Dazu wird ein Energieteam in der Kommune gegründet, das bei der Umsetzung durch einen akkreditierten Berater unterstützt wird. Auf Basis dieser Erkenntnisse werden relevante Maßnahmen identifiziert, geplant und umgesetzt. Für die Erfolge im Bereich der Energieeinsparung, der rationellen Energieverwendung und der Nutzung erneuerbarer Energieträger werden die Kommunen mit dem European Energy Award® bzw. dem European Energy Award® Gold ausgezeichnet.

Dieses Verfahren unterscheidet sich signifikant von der Selbstverpflichtung der Gemeinde, die im Klimabündnis gefordert wird. Hier ist es den Gemeinden völlig selbst überlassen, ihre Maßnahmen zu bewerten.

In Baden-Württemberg nehmen von den Städten zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern u.a. Biberach, Bruchsal, Fellbach, Ravensburg, Rottweil und Schwäbsch Hall bereits am eea Teil.

Und ein weiterer Grund für die Teilnahme: Kommunen, die am eea teilnehmen, profitieren zudem von einer Bonusförderung bei der Beantragung von investiven Maßnahmen.



**Gemeinderatsfraktion
Rottenburg**

Rottenburg, den 29.11.2016

Antrag zum Haushaltsplan 2017

THH 66 Tiefbauamt,

Produktgruppe 5110-66 Stadtentwicklung, Planung, Verkehrsplanung

Wir beantragen eine Planungsrate von 25.000,- € für die Fortschreibung des Radverkehrskonzepts in Rottenburg am Neckar.

Begründung

2001 wurde das Radverkehrskonzept von 1987 im Zuge der Lokalen Agenda 21 fortgeschrieben. Viele Vorschläge und Planungen sind in den letzten 15 Jahren realisiert worden. Die Bedeutung des Fahrradverkehrs wird immer größer. Es sind bessere und auch schnellere, elektrische Fahrräder entwickelt worden. Deshalb fahren wesentlich mehr Menschen Fahrrad sowohl im Alltag als auch in der Freizeit und sie können einfacher längere Strecken zurücklegen. Wegen des zunehmend milderen Klimas ist die Fahrradsaison bei uns länger geworden.

Die Fortschreibung des Radverkehrskonzepts in Rottenburg ist 2017 nötig, weil das Ziel, möglichst sichere Wege in einem gut ausgebauten, lückenlosen Netz zu schaffen, noch nicht erreicht ist. Auch fehlen Infrastrukturen wie sichere Abstellanlagen in der Stadt und den Stadtteilen, sowie Bike & Ride Parkplätze an Bahn- und Bushaltestellen, um den Umstieg auf andere Verkehrsmittel zu erleichtern, oft erst zu ermöglichen.

An den zurückliegenden Planungen waren außer dem Tiefbauamt, Stadtplanungsamt, Umweltamt und Ordnungsamt auch Rottenburger Bürger*innen des BUND und der Radwegegruppe der Lokalen Agenda beteiligt. Diese Zusammenarbeit bietet sich wieder an.

Haushaltsantrag

THH 40 Kulturred, Produktgruppe

3650: Tageseinrichtungen für Kinder

Der Vertretungspool für Erzieher*innen wird um 2,0 Stellen erhöht.

In Zeiten, in denen diese Erzieher*innen nicht als Vertretung an Tageseinrichtungen für Kinder benötigt werden, unterstützen sie projektartig die Arbeit an den Grundschulen. Über die Einsatzorte entscheidet die Stadtverwaltung nach Anhörung der Schulleitungen.

Begründung:

In diesem Jahr gab es eine intensive Debatte über die Qualität der Bildung und Betreuung in unseren Tageseinrichtungen. Die Situation ist komplex und es gibt verschiedene Ursachen für Personalfuktuation, unbesetzte Stellen und Engpässe. Eine einfache Stellschraube ist die Erhöhung des Stellenpools für Vertretungen, um bei Personalausfällen und Engpässen gegenzusteuern und die Qualität und Verlässlichkeit in solchen Situationen zu verbessern.

Haushaltsantrag

THH 13

Produktgruppe 1130

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Das neue Amt für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerengagement wird beauftragt, eine städtische Facebook-Präsenz einzurichten und zu betreuen. Die dafür notwendigen personellen Ressourcen werden bereitgestellt.

Begründung:

Die Demokratie steht vor großen Herausforderungen. Nicht zuletzt die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hat gezeigt, was es für die Politik bedeutet, wenn Menschen Twitter, Facebook und Google zu ihrer Nachrichten-Welt machen. In den Social Media kann jeder publizieren, Gegenöffentlichkeiten bilden sich und die Unterscheidung zwischen Fakten und Erfundenem wird zunehmend schwierig. „Postfaktisch“ ist nicht ohne Grund das internationale Wort des Jahres.

Deshalb ist es wichtig, den begrenzten Kreis der Leser*innen des Amtsblatts und der Tageszeitungen zu erweitern und auch auf Facebook Informationen zur Verfügung zu stellen, die aus einer authentischen Quelle stammen.

Gemeinderatsfraktion
Rottenburg am Neckar

Antrag der Fraktion der Jungen Aktiven zum Haushalt 2017

THH40, Produktgruppe 3620

Die Fraktion der Jungen Aktiven beantragt 1.000.000 € in den Haushalt 2017 für die Sanierung des Jugendhauses Klause einzustellen.

Begründung:

Das Jugendhaus Klause ist baulich in einem dringend sanierungsbedürftigem Zustand. Insbesondere sind auch erhebliche Sicherheitsmängel zu verzeichnen.

Die Arbeit für unsere sechs städtischen Mitarbeiter ist dort nur unter erschwerten Bedingungen möglich.

Das Jugendhaus wird teilweise von bis zu 70 Jugendlichen pro Tag besucht. Die Meisten von ihnen haben keine alternative Möglichkeit sich in ihrer Freizeit zu treffen. Ein Alternativstandort ist in absehbarer Zeit nicht in Sicht, sodass nur die Möglichkeit der Sanierung bleibt.

Über eine Sanierung wurde bereits seit dem Schülerforum im Jahr 2004 diskutiert, sodass wir der Meinung sind, dass es nun an der Zeit ist dies auch umzusetzen.

Das Jugendhaus wird zusätzlich (neben dem alltäglichen Betrieb) genutzt von:

- Studenten der FH
- Café International
- Deutschunterricht für syrische Jugendliche
- Bewerbungstrainings

Dies hat einen zusätzlichen Platzbedarf zur Folge. Unserer Ansicht nach, kann diese Maßnahme nicht länger warten.

Für die Fraktion der Jungen Aktiven



Christian Biesinger



Wählerinitiative Rottenburg e.V.

Bad Niedernau Baisingen Bieringen Dettingen
Eckenweiler Ergenzingen Frommenhausen
Hailfingen Hemmendorf Kernstadt Rottenburg
Kiebingen Obernau Oberndorf Schwalldorf
Seeborn Weiler Wendelsheim Wurmlingen

■ **WiR - Wählerinitiative Rottenburg**

Dr. med. Peter Cuno | Rostockerstraße 18 | 72108 Rottenburg

Dr. Peter Cuno, Joern Heumesser, Simon Wipper

13.12.2016

5. Haushaltsantrag 2017

Die **WiR** Fraktion beantragt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 am 13.12.2016 für u.a. die Bewohner der Oberen Gasse, des Alten Rathauses, der Rathausgarage und des Baugebiets Hinter dem Schloss und Burgäcker einen öffentlichen Zugang zum Aufzug im Rathausanbau an Oberer Gasse zum Marktplatz 18 zu schaffen.

Haushaltsstelle: 7.015110.009

Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen: 78710000

Begründung:

Der Zugang in den genannten Bereich der Stadt ist für viele Be-/ Anwohner beschwerlich. Andere Städte, wie z.B. Marburg an der Lahn bieten ihren Bewohnern die Möglichkeit problemlos von der Unter- in die Oberstadt per Aufzug, oder teils mit Seilbahn oder Rolltreppe zu kommen. Es ist der Fa. Modehaus Weippert nicht zuzumuten, stillschweigend auf deren Kosten den Bewohnern stillschweigend diese Möglichkeit zu Öffnungszeiten zu gewähren. Rottenburg ist in der Pflicht, hier Abhilfe zu schaffen und nicht nur von Bürgernähe zu reden sondern sie aktiv zu praktizieren.

WiR Fraktion

Dr. Peter Cuno



Wählerinitiative Rottenburg e.V.

Bad Niedernau Baisingen Bieringen Dettingen
Eckenweiler Ergenzingen Frommenhausen
Hailfingen Hemmendorf Kernstadt Rottenburg
Kiebingen Obernau Oberndorf Schwalldorf
Seeborn Weiler Wendelsheim Wurmlingen

■ **WiR - Wählerinitiative Rottenburg**

Dr. med. Peter Cuno | Rostockerstraße 18 | 72108 Rottenburg

Dr. Peter Cuno, Joern Heumesser, Simon Wipper

13.12.2016

2. Haushaltsantrag 2017

Die **WiR** Fraktion beantragt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 am 13.12.2016 für die Reinigung der Innenstadt die Einstellung einer zusätzlichen Reinigungskraft einen Betrag von 40.000,00 €.

Haushaltsstelle: 5490000065 ?

Aufwand für Reinigung: 4245000 ?

Begründung:

Es ist bekannt, dass Rottenburgs Innenstadt dank weggeworfenen Mülls, weggeworfenen Zigarettenkippen, -schachteln, Flaschen etc. gerade auch am Neckarufer nicht sehr ansprechend wirkt. Einer Stadt, die sich als Römer- und Bischofsstadt sieht, ist das nicht zuträglich. In diesem Zusammenhang sollten Informationen und Bitten an Eltern und Kinder, die Stadt sauber zu halten, intensiviert werden.

Die Stadtführer beschwerten sich seit langem zu recht über die Vermüllung. Gehört wurden sie, passieren tut nichts. Eine „Stadtputzete“ sollte 2x im Jahr unter Einbeziehung der Schulen gerade in ihrem Areal und nicht nur darum herum vorgenommen werden.

WiR Fraktion

Dr. Peter Cuno

13.12.2016

Die Fraktionen der

WiR, SPD, Grüne/ Bündnis 90, Die Linke, CDU
und JA

beantragen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 am 13.12.2016 für die Erstellung einer dringend notwendigen barrierefreien öffentlichen Toilette im Bereich der Zehntscheuer 200.000,00 € im Haushalt 2017 einzustellen.

Haushaltsstelle: 7.015490.001 Errichtung Toilettenhaus

Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen: 78710000

Gleichzeitig dazu für die Reinigung der Toilette 10.000,00 € .

Haushaltsstelle: 5490000065 öfftl. WC

Aufwand für Gebäudereinigung 42450000

Begründung:

In Rottenburg ist das Konzept einer „netten Toilette“ leider gescheitert. Nach unserem Kenntnisstand gibt es nur eine öffentliche nicht barrierefreie Toilette hinter dem Rathaus mit zeitlicher Beschränkung der Öffnungszeiten. Die Toilette im Foyer des Rathauses ist auch nur zu Öffnungszeiten des Rathauses geöffnet, die in der Zehntscheuer nur bei Veranstaltungen. Die Toilette im Bahnhofsbereich ist nicht durchgehend zu benutzen.

v.i.S.d.A.

Dr. Peter Cuno

13.12.2016

Die Fraktionen der **WiR**, **SPD**, **GRÜNE/ Bündnis 90** und **JA**

beantragen gemeinsam im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 am 13.12.2016 die Planungsrate für die Komplettsanierung der VHS mit Kindergartenauslagerung/ Neubau und Tiefgarage in der Sprollstrasse 22 von 70.000 € im Haushalt 2017 auf 100.000 € zu erhöhen.

Haushaltsstelle: 7.012710.002

Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen: 78710000

Begründung:

Der Zustand der VHS ist bekannt. Sie ist dringend sanierungsbedürftig. Alle bisher geleisteten kleinen Baumaßnahmen sind Stückwerk. Der Kindergarten muss ausgelagert, d.h. daneben evtl. neu gebaut werden. Vorher kann die Sanierung nicht begonnen werden. Der von der Stadt vorgestellte Zeitplan geht Richtung Mitte 2020 und ist nicht mehr zumutbar. Das vorgestellte Konzept der Stadt mit Ausbau von Räumlichkeiten in der Tübinger Straße 68 und im Rettungszentrum sind nur in dem Sinn zu akzeptieren, dass bei der Sanierungsmaßnahme der VHS in der Sprollstraße Ausweichmöglichkeiten vorhanden sein müssen. Einer Stadt, die sich als Sport- und Schulstadt versteht, muss die Fortbildung auch von VHS Teilnehmern am Herzen liegen. WiR fordern die Verwaltung auf, unverzüglich mit der Vorplanung zu beginnen. In diesem Zusammenhang fordern wir die Verwaltung noch einmal auf, mit dem Land wegen des Kaufs des Prälatenhauses zu verhandeln.

v.i.AS.d.A.

Dr. Peter Cuno

13.12.2016

Die Fraktionen der **WiR**, **SPD**, **GRÜNE/ Bündnis 90, CDU**
und **Die Linke**

beantragen gemeinsam im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 am 13.12.2016 den Betrag von 100.000 € für die erforderliche Sanierung der Räumlichkeiten im Rettungszentrum einzustellen.

Haushaltsstelle: 7.012710.002

Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen: 78710000

Begründung:

Der Zustand der Räumlichkeiten im Rettungszentrum ist bekannt. Es besteht dringender Sanierungsbedarf wie am 29.11.2016 vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden konnte

v.i.AS.d.A.

Dr. Peter Cuno

13.12.2016

Die Fraktionen der

WiR , **SPD** , **Grüne/ Bündnis 90** und **die Linke**

beantragen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 am 13.12.2016 den Betrag von 70.000 € für eine konzeptionelle und bauliche Planung des Jugendhauses Klause sowie Planung eines weiteren in der Kernstadt in den Haushalt einzustellen, um die Sanierung des bisherigen in 2018 vorzunehmen.

Haushaltsstelle: 7.013620.002 Umbau/ Neubau Jugendhaus

Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen: 78710000

Begründung:

Jeder Teilort der Gesamtstadt Rottenburg besitzt unterdessen anständige Treffpunkte oder Jugendhäuser für diese jugendliche Klientel. Das Jugendhaus Klause in Rottenburg ist in einem maroden verlotterten Zustand, zu dem die Stadt durch mangelnde Sanierungsbereitschaft in den letzten Jahren erheblich beigetragen hat, weil ihre Sanierungsversprechungen nicht eingehalten wurden. Außerdem besteht ein erheblicher Platzmangel.

Es ist nicht die Aufgabe der Fraktionen nach Einsparmöglichkeiten im Haushalt zu suchen. Die Priorität von Maßnahmen beschließt nicht die Verwaltung, sondern der Souverän, der Gemeinderat.

v.i.S.d.A.

Dr. Peter Cuno

DIE LINKE: Haushaltsanträge für das Jahr 2017

Antrag 1: Gebührenfreiheit für das erste Kita-Jahr

Die Linke beantragt die gebührenfreie Regelbetreuung über 30 Wochenstunden im ersten Kindergartenjahr.

Begründung: Wir verweisen auf die Begründungen in den vorigen Jahren, die an Aktualität nichts eingebüßt haben. Dazu gehört vor allem, dass dies Heilbronn offensichtlich seit Jahren gelingt. Die Aktualität werden durch die Aussagen im neuen Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg, durch zahlreiche Studien zur Kinderarmut (siehe vor allem Bertelsmann-Studie 2015), zur Lage von Alleinerziehenden und der neuesten Studie des KvjS „Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel“ gestützt. Hinzuzufügen ist nur, dass dies angesichts höchster Steuereinnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik ein Gebot der Stunde ist.

Antrag 2: Feste Stellen für Krankheitsvertretung in den Kindertageseinrichtungen

Die Linke beantragt, zwei feste Stellen als Krankheitsvertretung in den beiden großen Kindertageseinrichtungen in der Kernstadt (Klausen, Hohenberg) und jeweils eine feste Stelle für die vier weiteren Kindergarten-Bezirke einzurichten.

Begründung: 1) Die Präsentation der umfassenden neuen Aufgaben in der Kinderbetreuung seit dem Orientierungsplan im Sozialausschuss hat gezeigt, dass die Gruppenleitungen derzeit fast täglich für erkrankte Erzieherinnen einspringen müssen und dadurch unzureichend Zeit für ihre eigentlichen Leitungsaufgaben haben. Darunter leiden beide Aufgabenbereiche wie auch die Gesundheit der Erzieherinnen durch Überforderung.

2) Offensichtlich bestehen Probleme in der Personalgewinnung als Krankheitsvertretung, solange es sich um keine festen Stellen handelt. Deshalb müssen die Krankheitsvertretungen den Status einer festen Stelle bekommen.

Antrag 3: Verbesserte Anrechnung der Aufgaben für Gruppenleitungen in Kindertageseinrichtungen

Die Linke beantragt eine Freistellung bzw. Anrechnung von 15 Prozent pro Gruppe für die Aufgaben der Gruppenleitung und eine dementsprechende Aufstockung der Personalstellen in den Kindertageseinrichtungen.

Begründung: 1) Die Gruppenleitung muss sich wieder ihren Kernaufgaben widmen können. Die angedachte Verbesserung der Anrechnung von Aufgaben der Gruppenleitung (pro Gruppe 10 Prozent, ab 6 Gruppen 100 Prozent Freistellung) ist für die kleineren Einrichtungen unzureichend und im Verhältnis zwischen viergruppiger Einrichtung (i.e. 40 Prozent) und sechsgruppiger Einrichtung (100 Prozent) unverhältnismäßig.

2) Um den Abstand zwischen kleineren Einrichtungen und der sechsgruppigen Einrichtung zu verringern, sollte eine Anrechnung von 15 Prozent für Aufgaben der Gruppenleitung eingeführt werden.

Antrag 4: Die Linke beantragt die leistungsgerechte Einstufung von Zweitkräften/ Erzieherinnen in Stufe 8a als Grundeinstufung.

Begründung: Bis heute hat die Verwaltung keine Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen des „Prüfauftrags“ an die kommunalen Arbeitgeber gezogen. Die Präsentation der Arbeitsbedingungen und der Qualifikationsanforderungen in den beiden städtischen Kitas Klausen und Hohenberg macht deutlich, dass die Erzieherinnen seit Einführung des Orientierungsplans wesentlich höhere Qualifikationen und Belastungen erbringen müssen.

Es ist im Interesse der Stadt, die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken, indem sie wie in

anderen Städten leistungsgerecht eingestuft werden und Rottenburg damit seinen guten Ruf als Bildungsstadt aufrechterhalten kann.

a) Erzieherinnen üben in den kommunalen Kinderbetreuungsrichtungen im Wesentlichen die gleiche Tätigkeit wie eine Gruppenleitung aus und ersetzen diese auch im Krankheitsfall oder bei Fortbildungen. b) Es schadet der guten Zusammenarbeit im Team, wenn es eine künstliche Spaltung unter den Beschäftigten gibt, die durch keine inhaltliche Begründung in der Tätigkeitsbeschreibung oder – ausübung gerechtfertigt erscheint. c) Verglichen mit der Einstellungspraxis in evangelischen Kindergärten in Rottenburg und kommunalen Kindergärten in Tübingen stellt die Einstufung von Zweitkräften in S 4 eine nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung und Geringschätzung ihrer Qualifikation dar. Wir nehmen damit besonders Bezug auf das Schreiben der Erzieherinnen des Kinderhauses Hohenberg vom November 2015.

Antrag 5: Kommunalen Urnenwald Rammert

Die Linke beantragt die Einstellung einer Planungsrate von 20.000 Euro für die Einrichtung eines kommunalen „Urnenwald Rammert“ in einer variablen Ausdehnung auf 28 Hektar.

Begründung: Die allgemeinen Bestattungskosten und die damit einhergehenden Verwaltungs- und Instandhaltungskosten der städtischen Friedhöfe belasten die Stadt Rottenburg und die Hinterbliebenen in einem Maße, dass bereits heute die Grenzen des Zumutbaren für viele, auch für die Kommune selbst, überschritten werden. Ein kommunaler Urnenwald kann dieser Entwicklung auf mittlere Sicht durch deutlich verringerte Kosten für Kommune und Nutzer entgegenwirken. Ein Urnenwald auf städtischer Gemarkung, in Rottenburg topografisch problemlos zu errichten, könnte sehr wohl die wünschenswerte soziale Verträglichkeit wiederherstellen, die die klassischen Friedhöfe wegen der hohen Kosten nicht mehr ermöglichen. Da in einem Projekt Urnenwald Rammert wie in allen anderen bereits existierenden „Friedwäldern“ alle Formen der Urnenbestattung möglich und denkbar sind, entspricht ein solches Vorhaben nahezu allen ethischen Normen und religiösen Rahmenbedingungen.

Antrag 6: Zusätzliche Stellen im Hoch- und Tiefbauamt sowie der Kämmerei

Die Linke beantragt jeweils zwei neue Mitarbeiterstellen im Hoch- und im Tiefbauamt sowie in der Kämmerei, um die großen Investitionsaufgaben der nächsten Jahre und die Umstellung auf das neue Rechnungswesen (Doppik) zeitgerecht verwirklichen zu können.

Begründung: Eine ausreichende Personalausstattung ist eine wesentliche Grundlage dafür, die große Investitionsprogramm in den nächsten Jahren auch in die Praxis umsetzen zu können.

Antrag 7: Barrierefreiheit am Ehinger Platz

Die Linke beantragt 50.000 Euro, um den Ehinger Platz barrierefrei umzubauen.

Begründung: Der Ehinger Platz ist vor einigen Jahren geebnet worden, um ihn für Rollstuhlfahrer besser befahrbar zu machen. Diese Veränderung wird leider von parkenden Autofahrern missbraucht, indem an beiden Seiten geparkt wird und teilweise dort 14 parkende Fahrzeuge vorzufinden sind. Um an diesen Autos vorbeizukommen, müssen Rollstuhlfahrer sich selbst gefährden, indem sie auf die Fahrbahn ausweichen. Das ist ein unhaltbarer Zustand und kann z.B. durch Aufstellen von Poldern verändert werden.

Antrag 8: Ablehnung der Kosten für die Digitalisierung an Schulen

Die Linke lehnt die Einstellung von Kosten für die Digitalisierung des Unterrichts an den städtischen Schulen aus dem städtischen Haushalt zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab.

Begründung: 1) Die umfassende Digitalisierung des Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen ist eine Festlegung der Landesregierung und entspricht weder den pädagogischen Notwendigkeiten noch den Anträgen der Schulen. Insofern besteht für diese Landesaufgabe das Konnexitätsprinzip. 2) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt fehlt es vor allem hochwertigen, aktuellen Internet-Programmen sowie an ausreichend Wartungspersonal für die gesamte installierte Software und die Apparate. Gegenwärtig wird dies vor allem auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen. Hier fehlt ein umfassendes Konzept, damit die Apparatur sinnvoll genutzt werden kann. 3) Im Kern handelt es sich bei der Digitalisierung um das Abwälzen von weiteren Kosten der Landesregierung auf die Kommunen, nachdem sie bereits den Kommunen weitere 200.000 Euro auf dem Kommunalen Finanzausgleich (FAG) entzogen hat. Diese Verschiebung von Kosten zur Sanierung des Landeshaushaltes ist grundsätzlich abzulehnen.

Antrag 9: Sanierung von Schulen

Teil-Renovierung Haupt- und Werkrealschule Hohenberg: Die Linke beantragt 50.000 Euro für dringende Lärmschutzmaßnahmen im G-Trakt. Damit sollen vier „Ampeln“ (Baffeln) zur Verminderung des Lärms in der Empfangshalle angeschafft und installiert werden. Außerdem muss übergangsweise ein Aufenthaltsraum installiert werden.

Begründung: Seit Jahren werden notwendige Sanierungen und Verbesserungen in der HWRS Hohenberg mit dem Argument verschleppt, dass die weitere Zukunft der Schulart nicht geklärt sei. Lärmschutzmaßnahmen sind davon unabhängig, weil flexible „Ampeln“ auch bei der notwendigen Grundsanierung oder einem Neubau eingesetzt werden können. Der Aufenthaltsraum ist insbesondere für Fahrschüler im Winter (deren Bus vor Unterrichtsbeginn ankommt) und für die wachsende Zahl der Ganztagschüler notwendig, damit sich diese bei Kälte und schlechtem Wetter nicht draußen aufhalten müssen, aber andererseits nicht den Unterricht stören, wenn sie sich innerhalb des Gebäudes befinden. Nach unseren Informationen ist dies technisch im Foyer möglich.

Antrag 10: Mobilitätsticket

Die Linke beantragt, ein gebührenfreies Mobilitätsticket im Rottenburger Stadtverkehr für alle Hartz-IV-Bezieher einzuführen.

Begründungen: 1) Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe. Das gilt insbesondere für eine Flächenstadt wie Rottenburg mit 17 Teilorten. Mangelnde Mobilität führt somit zu sozialer Ausgrenzung. 2) Es ist kontraproduktiv, wenn Hartz-IV-Bezieher aus Teilorten erst mit teuren Bustickets in die Kernstadt fahren müssen, um sich 12 Freifahrtscheine abzuholen.

Antrag 11: Haus der Nachbarschaft im Kreuzerfeld (zusammen mit SPD und WiR)

Die Linke, die SPD und die Wählerinitiative Rottenburg (WiR) fordern die Stadtverwaltung auf, einen Antrag für ein Haus der Nachbarschaft im Kreuzerfeld Süd im Rahmen des Investitionspaktes für sozialen Zusammenhalt des Bundes zu stellen. Zugleich sollen die anteiligen Finanzmittel, die die Stadt für die Begegnungsstätte im gescheiterten Projekt am Sportplatz in den Haushalt eingestellt hatte (ca. 450.000 Euro), im nächsten Haushalt aufgenommen werden und auch für eine erste Planungsrate für das Haus der Nachbarschaft eingesetzt werden.

Begründungen:

1. Seit über vier Jahren engagieren sich Bürgerinnen und Bürger aus dem alten und dem neuen Kreuzerfeld vorbildlich für ein Haus der Nachbarschaft, das im Zentrum des Kreuzerfelds liegen und neben der Begegnungsstätte auch soziale Einrichtungen, Hort und möglicherweise barrierefreie Wohnungen umfassen soll. Die Bürgerinitiative und der daraus hervorgegangene Förderverein ha-

ben zahlreiche Umfragen unter den Anwohnern und einige erfolgreiche Planungswerkstätten für die Umsetzung ihrer Bedürfnisse durchgeführt. Es wäre eigentlich Aufgabe der Stadt gewesen, nicht nur Wohnungen, sondern in einem großen Neubaugebiet auch die dazu gehörige soziale Infrastruktur zu schaffen. Die Ergebnisse der Planungswerkstätten liegen vor, so dass die Stadt in ihrem Antrag sich direkt darauf stützen kann, so wie sie das bereits in ihrem Antrag für das Gebäude am Sportplatz getan hat.

2. Bedürfnisse, Absichten und Planungsideen für das Haus der Nachbarschaft entsprechen in wesentlichen Aspekten dem Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt des Bundes, in dessen Begründung es heißt: „Mit diesen Investitionen können wir heute die sozialen Ghettos von morgen verhindern. Denn wir brauchen nicht nur genügend bezahlbaren Wohnraum, wir brauchen auch die Ertüchtigung der sozialen Infrastruktur als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden. Das sind beispielsweise Begegnungszentren, Stadtteilzentren, Stadtteilschulen oder Kitas.“ (Pressemitteilung Umweltministerium Nr. 136/16 vom 15.6.2016)

3. Beispiellos ist die Finanzierung im Investitionspakt: Er ist ab 2017 für vier Jahre mit jeweils 200 Mio. Euro angelegt und wird um jeweils 100 Mio. Euro aus der Programm „Soziale Stadt“ aufgestockt, so dass jährlich 300 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Der Bund übernimmt bei einem genehmigten Antrag 80 Prozent der Kosten, das Land 10 Prozent und die Kommune die restlichen 10 Prozent. So billig käme Rottenburg nie wieder an ein beispielgebendes Projekt für Jung und Alt, Alt- und Neubürger verschiedenster Nationalitäten und Kulturen, Menschen mit und ohne Behinderung. Zugleich könnten damit mögliche soziale und politische Probleme konstruktiv im Vorfeld gelöst werden.

Dr. Emanuel Peter (Die Linke)